

© Schwerpunkt »Landwirtschaft & Ernährung für eine Welt im Umbruch«

## Ernährungsarmut in Deutschland

Privatisierung des Hungers statt vorsorgender Sozialpolitik

von Silvia Monetti\*

*2021 waren knapp 14 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen. Tafeln, Suppenküchen & Co. sind wesentlich für die Ernährungssicherung von Millionen Mitbürger:innen geworden – und doch nicht in der Lage, alle bedürftigen Menschen zu erreichen noch die Ernährungssicherheit langfristig zu verbessern. Von ehrenamtlichen Helfer:innen und privaten Spenden abhängige Organisationen erfüllen Aufgaben, für die eigentlich der Sozialstaat zuständig sein sollte. Zudem wird die Verteilung von Lebensmittelüberschüssen an Bedürftige häufig als soziales, wirtschaftliches und ökologisches Win-win-win dargestellt – obwohl Armutsbekämpfung und Lebensmittelrettung eigentlich wenig miteinander zu tun haben. Diese freiwillige Wohltätigkeit statt sozialstaatlicher Absicherung steht im Gegensatz zum Grundgesetz und dem dort verankerten System der Solidarität in einem Sozialstaat. Ein sozialökonomischer Ausgleich ist auch für die Umsetzung der Ernährungswende unerlässlich. Denn ohne entsprechende finanzielle Mittel werden einkommensschwache Haushalte aus dem nachhaltigen Konsum ausgegrenzt. Gefordert ist daher eine vorsorgende Verbraucherpolitik.*

2021 betrug das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 3,57 Billionen Euro und deutsche Haushalte verfügten über rund 7,62 Billionen Euro an Privatvermögen: das größte Geldvermögen in der EU und so viel wie nie zuvor, trotz Pandemie und schwacher Konjunktur.<sup>1</sup> Solch ein reicher Sozialstaat sollte in der Lage sein, vorsorgende Sozialpolitik umzusetzen und die Ernährungssicherheit seiner Bürger:innen zu gewährleisten. Doch 2021 erreichte auch eine andere Zahl ihren Höchststand – die Armutsquote.<sup>2</sup> Sie lag bei 16,6 Prozent, anders gesagt: 13,8 Millionen Menschen.<sup>3</sup> Dazu zählen nicht nur diejenigen, die auf Grundsicherung angewiesen sind,<sup>4</sup> sondern auch diejenigen, deren Einkommen ebenfalls nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu kaufen, die für ein Mindestmaß gesellschaftlicher Teilhabe erforderlich sind, jedoch keine finanzielle Unterstützung bekommen. Zum Teil liegt es daran, dass sie die Voraussetzungen für die Grundsicherung nicht erfüllen. Zum Teil nehmen sie aber auch aus Scham, Unkenntnis oder wegen bürokratischer Hürden die öffentliche Hilfe nicht in Anspruch. Das Phänomen der »verdeckten Armut« betrifft rund 40 Prozent der Leistungsberechtigten – und spielt eine Rolle bei der Bemessung des Regelbedarfs. Denn zurzeit werden auch die verdeckt

Armen in der Referenzgruppe berücksichtigt, obwohl sie ein Einkommen unterhalb des Grundsicherungsniveaus haben (Stand: Oktober 2022).<sup>5</sup>

### Mehr Reichtum – mehr Armut

Die Armutsgefährdungsquote in Deutschland ist in den letzten 15 Jahren tendenziell gestiegen, selbst bei besonders guter wirtschaftlicher Lage ist sie kaum gesunken. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Ungleichheit gewachsen: Reichtum ist hierzulande sehr unterschiedlich verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen über 65 Prozent des Gesamtvermögens, das wohlhabendste ein Prozent rund 35 Prozent. Dagegen haben die Hälfte der Erwachsenen so gut wie kein Vermögen oder gar Schulden. Armut trotz Arbeit nimmt in der Langzeitbetrachtung relativ zu, Pandemie und Inflation haben die Lage verschärft – und wer einmal unter die Armutsgrenze rutscht, bleibt immer öfter länger arm.<sup>6</sup>

Somit hat Armut längst die untere Mitte der Gesellschaft erreicht: Gefährdet oder betroffen sind vor

\* Danke auch an Frank Waskow und Bernhard Burdick für die Mitarbeit an diesem Text.

### Was bedeutet Ernährungsarmut?

Ernährungsarmut bezeichnet eine qualitativ oder quantitativ unzureichende Deckung des Nahrungsmittelbedarfs, verursacht von einem Mangel an Mitteln zum Erwerb von Nahrungsmitteln oder an Nahrungsmitteln selbst. Dies ist durch einen niedrigen Bildungsstatus, familiäre Verhältnisse und infrastrukturelle Rahmenbedingungen mitbedingt.<sup>7</sup> Die Konsequenzen gehen weit über die materiellen Einschränkungen hinaus, weil Essen und Ernährung in jeder Gesellschaftsform ein essenzieller Teilhabemechanismus sind.<sup>8</sup> Wenn der Cappuccino im Café oder der Kantinenbesuch mangels finanzieller Mittel nicht möglich sind, bedeutet dies soziokulturelle Ausgrenzung. Damit hat Ernährungsarmut auch eine erhebliche soziale Dimension.

allem Familien mit drei und mehr Kindern, Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Nichterwerbstätige, Personen mit niedrigem Bildungsniveau oder Migrationshintergrund und ältere Menschen, vor allem Frauen. Überschuldung, steigende Energie- und Lebensmittelkosten sowie Mieten spitzen die Lage momentan zu. Diese Menschen sind häufiger von sozialer Teilhabe ausgeschlossen, weil ein ausreichendes Budget in unserer Gesellschaft dafür essenziell ist.

Der Bereich Ernährung ist dabei zentral – und für diese Gruppen lässt sich eine »Vulnerabilität gegenüber Ernährungsarmut« voraussagen.<sup>9</sup> Denn wir wissen nicht, wie viele Menschen in Deutschland von Ernährungsarmut *tatsächlich* betroffen sind. In Ländern wie den USA, Kanada und dem Vereinigten Königreich haben sich standardisierte Berichterstattungen zur Ernährungssituation in Haushalten seit Jahren

etabliert, hierzulande gibt es dazu keine Statistik. Auch deshalb spielt das Thema im öffentlichen Diskurs und in der Politik kaum eine Rolle.

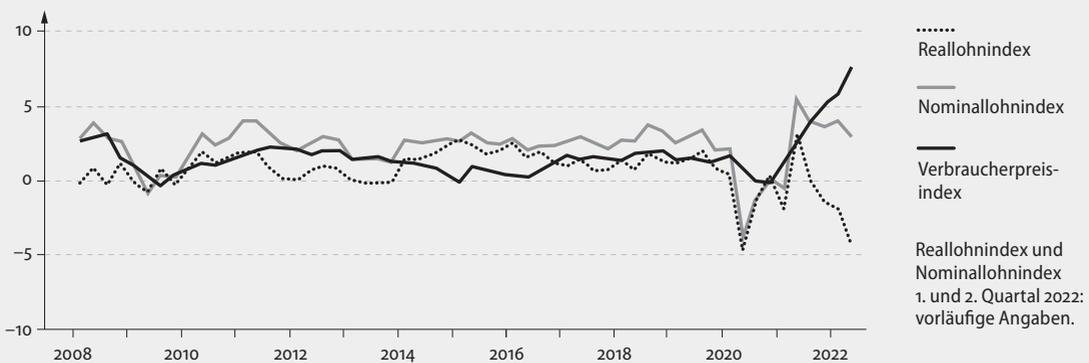
2021 waren fast jede zweite arbeitslose Person und 8,6 Prozent aller Erwerbstätigen von Armut betroffen.<sup>10</sup> 2016 konnten sich elf Prozent der deutschen Haushalte im untersten Einkommensquintil<sup>11</sup> nicht einmal jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten.<sup>12</sup> Wie viele sind es heute? Ob eine Verbesserung der Situation durch den aktuell angehobenen Mindestlohn, der allerdings nicht für alle Arbeitnehmer:innen gilt,<sup>13</sup> erreicht wird, bleibt abzuwarten. Die Inflation frisst gerade, wie Abbildung 1 deutlich macht, Löhne und Lohnsteigerungen auf.

### Gesunde Ernährung – nicht für Arme

Zudem beziehen zurzeit über 3,5 Millionen Menschen ALGII.<sup>14</sup> Die ALGII-Regelsätze sehen derzeit 449 Euro pro Person und Monat vor, darunter 4,85 Euro am Tag für Lebensmittel (bei 30 Tagen pro Monat 145,50 Euro). Deren Preise sind binnen Jahresfrist sprunghaft gestiegen: Im Vergleich zu Oktober 2021 lag ihre Teuerung im Oktober 2022 bei 20,3 Prozent – viel höher als die gesamte Inflationsrate.<sup>15</sup> Studien schätzen die durchschnittlichen Kosten für eine gesunde Ernährung bei einer Frau zwischen 166 und 192 Euro pro Monat, bei einem Mann zwischen 213 und 247 Euro pro Monat.<sup>16</sup> Laut einer aktuellen Studie ist eine nachhaltige Ernährung für Kinder und Jugendliche mit Hartz IV nicht realisierbar.<sup>17</sup> Das zeigt: Die Grundversicherung hätte längst reformiert werden müssen, wie auch von einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMEL 2020 sehr deutlich gefordert.<sup>18</sup>

Ab dem 1. Januar 2023 sollte ALGII durch das neue Bürgergeld ersetzt werden. Dabei sollte der Regelsatz auf 502 Euro steigen, ein Plus von rund 50 Euro. Ob

**Abb. 1: Entwicklung der Reallöhne, der Nominallöhne und der Verbraucherpreise. Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent.**



Quelle: Destatis<sup>19</sup>

diese Anpassung angesichts der steigenden Inflation ausreicht, ist mehr als fraglich. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert seit Langem die Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro, ähnlich wie der Sozialverband Deutschland.<sup>20</sup> Die konkrete Höhe der Regelsätze ist politisch zu diskutieren, klar ist jedoch: Sozialleistungen sollten ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren, Ernährung eingeschlossen, und soziale Teilhabe gewährleisten. Doch die realen Kosten einer gesunden, ausgewogenen Ernährung haben keinen Einfluss auf die Bemessungsgrundlage der Regelsätze. Diese werden nach dem tatsächlichen Konsumverhalten der Bevölkerung bemessen – genauer: nach den Ausgaben der Haushalte, die zwar ein niedriges Einkommen haben, aber noch keine Grundsicherung beziehen.<sup>21</sup> Und das wird sich nach heutigem Stand (Oktober 2022) auch beim neuen Bürgergeld nicht ändern,<sup>22</sup> obwohl gesunde, abwechslungsreiche, hochwertige Lebensmittel im Vergleich zu energiereichen und nährstoffarmen Produkten oft teurer sind. Dass Menschen nur satt werden, kann kein angemessener Maßstab für Teilhabe und Integration in einem fortschrittlichen Sozialstaat sein. Und wie soll auf dieser Basis eine Ernährung möglich sein, die alle wichtigen Nährstoffe enthält und nicht nur mit energiedichten Lebensmitteln satt macht?

Unterernährung kommt in unserer Gesellschaft zwar selten vor, Übergewicht, Fettleibigkeit und Mikronährstoffmangel sind dagegen weit verbreitet. Den Menschen fehlt es nicht an Kalorien, viele sind jedoch mit Vitaminen oder Mineralstoffen kritisch unterversorgt.<sup>23</sup> Das ist besonders für Kinder riskant: Studien zeigen, dass Menschen mit geringem Einkommen weniger Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte verzehren als wohlhabendere und häufiger an ernährungsbedingten Krankheiten leiden. In der Ernährung armutsgefährdeter Kinder fehlt es häufig an essenziellen Mikronährstoffen.<sup>24</sup> Diese Mängel haben gravierende Folgen: Ernährungsarmut steht unter anderem im Zusammenhang mit einer geringeren kognitiven Funktion über den gesamten Lebensverlauf. Die Chancen dieser Kinder auf Bildungserfolge sind also von Anfang an niedriger und die langfristigen Konsequenzen irgendwann nicht mehr aufzuholen. Ein niedriges Bildungsniveau senkt ihre Aussichten auf gut bezahlte Jobs und alles, was damit einhergeht – und macht es wahrscheinlicher, dass sie auch als Erwachsene in Armut leben werden.<sup>25</sup> Letztlich bedeutet diese Spirale auch einen Wohlstandsverlust und ein Festhalten an der Ungleichheit im Land.

Die Ernährungssicherheit aller Bürger:innen zu gewährleisten ist eine komplexe Aufgabe, doch dafür muss man das Rad nicht neu erfinden: Die Gemeinschaftsverpflegung verfügt beispielsweise über ein sehr großes Potenzial, das zurzeit nicht ausgeschöpft

wird. Internationale Organisationen sowie unzählige Studien weisen darauf hin, dass Regierungen dadurch eine gesunde Ernährung für alle bezahlbar machen könnten.<sup>26</sup> Beispiele wie die brasilianische Großstadt Belo Horizonte, seit vielen Jahren Pionierin in der Gewährleistung des Zugangs zu gesunden Lebensmitteln für all ihre Einwohner:innen, zeigen, wie das möglich wäre – politischen Willen vorausgesetzt.<sup>27</sup> Ohne entsprechende finanzielle Mittel werden einkommenschwache Haushalte aus dem nachhaltigen Konsum ausgegrenzt. Der sozialökonomischer Ausgleich für diese Mitbürger:innen ist für die Ernährungswende unerlässlich, wenn nicht sogar Voraussetzung für deren erfolgreiche Umsetzung.

### Deutsche Blockaden auf EU-Ebene

An dieser Stelle muss das 1987 eingeführte EU-Programm für die Nahrungsmittelabgabe an bedürftige EU-Bürger:innen erwähnt werden. Damit sollten ursprünglich Agrarüberschüsse verteilt werden, ehe Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik dazu führten, dass diese stark zurückgingen. In der Folge stellte das Programm immer mehr Geldmittel zur Verfügung, die von nationalen Hilfsorganisationen für Lebensmittelhilfen eingesetzt wurden. Berlin klagte, dass sich die EU durch die Hintertür der Agrarpolitik Kompetenzen in der Sozialpolitik verschaffte. Auf Anfrage von sieben Ländern, darunter Deutschland, verurteilte der Europäische Gerichtshof 2011 das Programm und rief die Europäische Kommission auf, das Budget dafür zu kürzen. Mit diesen Mitteln waren 18 Millionen bedürftige Menschen (2011) in 20 EU-Mitgliedstaaten unterstützt worden.

Doch Deutschland und fünf andere Mitgliedstaaten blockierten die Verlängerung des Programms, das ab 2014 durch den »Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen«<sup>28</sup> ersetzt wurde. In Deutschland wird damit vor allem der Zugang von benachteiligten EU-Migrant:innen und ihren Kindern sowie von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten verbessert. In anderen Ländern wie etwa Frankreich, Italien, Spanien und Finnland wird das Programm dagegen genutzt, um unter anderem Nahrungsmittel zu finanzieren. Wie die Webseite der Europäischen Kommission erklärt, hat der Hilfsfonds das Ziel, die EU-Länder bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln und/oder materieller Basisunterstützung zu unterstützen; der Fonds kann sowohl für materielle als auch für nicht-materielle Maßnahmen zur sozialen Inklusion genutzt werden. Die EU-Länder können ausgehend von ihrer jeweiligen Situation entscheiden, welche Art von Hilfe sie leisten möchten.<sup>29</sup> Deutschland hat die Entscheidung

getroffen, materielle Leistungen nicht zu fördern. Die Webseite des Arbeitsministeriums (BMAS) erklärt sogar (Stand: Oktober 2022), dass »rein materielle Leistungen [...] aus Mitteln des EHAP nicht gefördert werden (können)«. <sup>30</sup> Von Ernährungssicherheit ist nicht einmal die Rede; dabei ist das Recht auf angemessene Nahrung ein völkerrechtlich verankertes, von Deutschland anerkanntes Menschenrecht.

**Almosen statt Recht auf Nahrung**

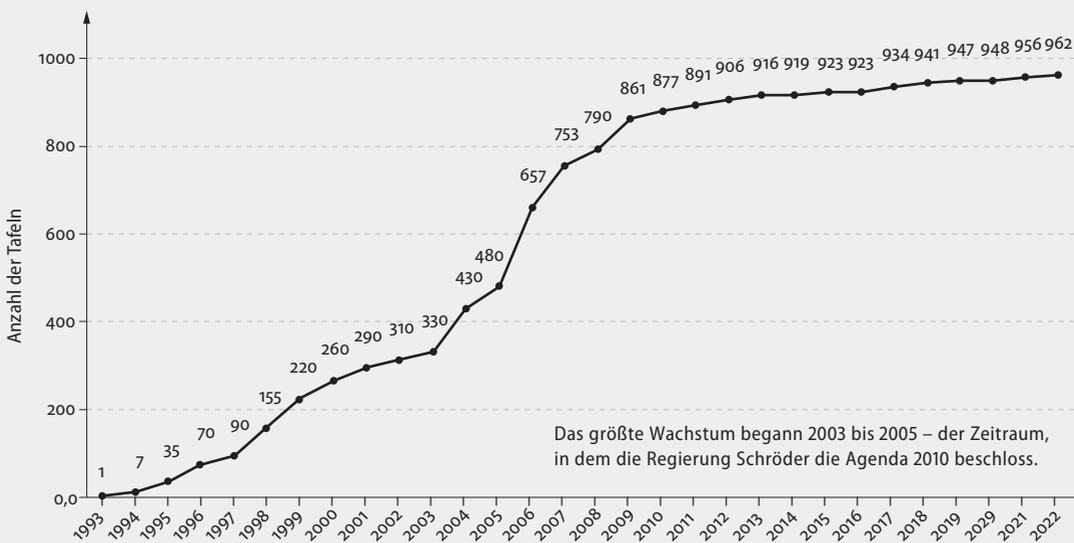
Tafeln, Lebensmittelpenden der Caritas, Suppenküchen des Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Einsatzwagen der Heilsarmee: In Deutschland sind soziale Organisationen – abhängig von ehrenamtlichen Helfer:innen und privaten Spenden – oft die letzte Möglichkeit für Menschen, die ihren Lebensmittelbedarf nicht mehr decken können. Die Nutzer:innen sind tendenziell über viele Jahre Dauerkund:innen und gehören größtenteils einer besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppe an, die meist einen schlechten Gesundheitszustand aufweist. <sup>31</sup> Über zwei Millionen Menschen nutzen beispielsweise die 962 Tafeln in Deutschland, die Zahl der Aufsuchenden hat sich allein in der ersten Jahreshälfte 2022 um etwa die Hälfte erhöht <sup>32</sup> (Abbildung 2 zeigt die Entwicklung in den letzten drei Jahrzehnten). Doch selbst dies ist nur die Spitze des Eisbergs, denn die Nutzung solcher Angebote ist der letzte Ausweg, wenn auch die Scham, die damit verbunden ist, überwunden werden musste. Tafeln und Suppenküchen sind somit wesentlich für die Ernährungssicherung von Millionen Menschen

geworden und doch nicht in der Lage, alle bedürftigen Bürger:innen zu erreichen oder die Ernährungssicherheit langfristig zu verbessern. <sup>34</sup>

Fast alle Nutzer:innen von Tafeln- und Suppenküchen beziehen eine Form der Grundsicherung <sup>35</sup> und gehören somit zur offiziell »bekämpften Armut«. Sie sind also erheblich auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, obwohl sie eigentlich abgesichert sein sollten. Der Sozialstaat sieht Ernährungssicherheit aber offenbar nicht als seine Aufgabe und delegiert sie stillschweigend an ein privates Freiwilligen- und Ehrenamtssystem. Die Nahrungssicherung von Menschen in prekären Lebenslagen wird nicht auf der Grundlage von Staatsbürgerschaft und individuellen Rechten gewährt, sondern erfolgt in Form von Almosen, geht mit Abhängigkeitsverhältnissen einher und ist stark dem Zufall überlassen. <sup>36</sup> Diese freiwillige Wohltätigkeit statt sozialstaatlicher Absicherung steht im diametralen Gegensatz zum im Grundgesetz verankerten Kriterium der bedingungslosen Hilfe im Rahmen eines institutionalisierten Systems der Solidarität in einem Sozialstaat. <sup>37</sup>

Dazu stellen sich auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Ethik, denn in Deutschland sind Lebensmittel nicht knapp. Sogar die Präambel der Tafel-Grundsätze lautet: »Nicht alle Menschen haben ihr täglich Brot – und doch gibt es Lebensmittel im Überfluss. Die Tafeln [...] bemühen sich hier um einen Ausgleich«. Wenn man damit auch noch das Klima retten könnte, hätte man die Quadratur des Kreises erreicht. Tatsächlich stellen Politik, Wirtschaft und Teile des ehrenamtlichen Sektors diese Verteilung

**Abb. 2: Anzahl der Tafeln in Deutschland von 1993 bis 2022**



Quelle: Statista <sup>33</sup>

von Lebensmittelüberschüssen an Bedürftige immer häufiger als soziales, wirtschaftliches und ökologisches Win-win-win dar.<sup>38</sup> Die Tafeln selber profilieren sich als »Lebensmittelretter für den Klimaschutz«<sup>39</sup>, während Lebensmittelhersteller und Handel sich einen Großteil ihrer Entsorgungskosten sparen und die Organisationen großzügig mit Sach- und Geldspenden unterstützen.

Diese Strategie ist nicht nur ethisch fraglich, sondern auch unzureichend, sowohl um eine langfristige Ernährungssicherheit zu gewährleisten als auch um die Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen.<sup>40</sup> Sie lenkt die Aufmerksamkeit von den Wurzeln der Probleme ab. Die Ursache von Nahrungsmittelüberschüssen liegt in ihrer Überproduktion: Es gibt Lebensmittel, die »gerettet« werden sollen, weil zu viele Lebensmittel produziert werden, die zum Teil gar nicht verbraucht werden können. Und Armut lässt sich nicht mit Lebensmittelspenden bekämpfen. Es wäre schön und bequem, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können – aber Armutsbekämpfung und Lebensmittelrettung haben eigentlich wenig miteinander zu tun.

Zudem sind Organisationen für Lebensmittelspenden weder in der Lage noch haben sie das Ziel, Armut zu verhindern oder langfristig zu bekämpfen. Die karitative Nahrungsmittelhilfe trägt eher dazu bei, Ausgrenzung und Überfluss zu festigen. Denn dadurch wird ein wiederaufkommendes Almosenwesen akzeptiert und Tafeln & Co. werden zu einem existenzsichernden Instrument des Sozialstaates sowie zu gesellschaftlicher Normalität. Sie legitimieren diese Akzeptanz, in dem sie das Problem verwalten und nicht bekämpfen – und dabei als lobenswerte Armutsmilderung dargestellt werden. Das Gefährliche daran

ist, dass echte Veränderungen damit unnötig erscheinen.<sup>41</sup> Doch Wohltätigkeit kann und darf kein Ersatz für soziale Gerechtigkeit und politisches Handeln sein: Die Politik muss endlich Verantwortung übernehmen.

#### Anmerkungen

- 1 Statista 2022a, b.
- 2 Nach EU Standards gilt eine Person als armutsgefährdet (einkommensarm), wenn ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des nationalen Median-Nettoäquivalenzeinkommens beträgt. Für einen Einpersonenhaushalt waren das 2021 1.251 Euro, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren 2.627 Euro im Monat (Destatis 2022a).
- 3 Paritätischer 2022a.
- 4 6,9 Millionen Menschen haben im Jahr 2020 unter anderem Arbeitslosengeld II (ALGII) bzw. Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung bezogen (Destatis 2021).
- 5 Caritas 2022, Diakonie 2021.
- 6 Statista 2022c, Diakonie 2021, Destatis 2021b, DIW 2020.
- 7 Penne & Goedeme 2021.
- 8 Augustin 2020.
- 9 FÖS 2021, Pfeiffer et al. 2016.
- 10 Destatis 2022a.
- 11 Quintile sind ein statistisches Streuungsmaß. Sie bestimmen Punkte einer nach Rang bzw. Größe der Einzelwerte sortierten statistischen Verteilung. Werden Haushalte nach der Höhe ihrer Einkommen sortiert und dann in mehrere gleich große Teile unterteilt, so spricht man, je nachdem wie viele Teile gewählt werden, z. B. von Einkommensquintilen (fünf Teile). Das Verhältnis zwischen dem oberen und dem unteren Quintil der Einkommensverteilung ist ein Indikator zur Beurteilung der Verteilungsungleichheit (BMAS 2022a).
- 12 FÖS 2021.
- 13 Der Mindestlohn gilt nicht für Auszubildende, Personen im freiwilligen Dienst, Teilnehmer:innen an Arbeitsförderungsmaßnahmen, Heimarbeiter:innen, Selbstständige, Minderjährige ohne abgeschlossene Ausbildung, Langzeitarbeitslose innerhalb der ersten sechs Monate nach Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt (BMAS 2022b).
- 14 Statista 2022d.

## Folgerungen & Forderungen

- Versorgung von Bedürftigen mit einer gesunden und nachhaltigen Verpflegung in öffentlich finanzierten Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen; Entwicklung von Modellprojekten zur Umsetzung sowie zur Kommunikation an die Zielgruppen.
- Stufenweise Einführung der verpflichtenden DGE-Qualitätsstandards für alle Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen.
- Nahrungsmittelhilfeprogramme für Haushalte mit niedrigem Einkommen, die sich nicht in der Grundsicherung befinden. Hierfür könnte Deutschland EU-Mittel aus dem EHAP-Fonds in Anspruch nehmen.
- Anpassung der Berechnungsgrundlage des Bürgergeldes, sodass realistische, lokale Kosten für eine Umsetzung der DGE-Empfehlungen zugrunde gelegt werden. Die Leistungen sollten von einer unabhängigen Kommission festgelegt und im Hinblick auf Inflationsanpassung jährlich überprüft werden.
- Keine Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte.
- Eine klare, unabhängige, mit Budget ausgestattete Zuständigkeit für Ernährungsarmut und Ernährungssicherheit in Deutschland.
- Verbesserung der Datenlage: Wissenschaftliche Analysen und eine standardisierte Berichterstattung der Ernährungssituation in Haushalten als Grundlage für evidenzbasierte, effektive Maßnahmen.
- Stärkung von sozial gerechten, gesundheitsförderlichen und nachhaltigen Ernährungskompetenzen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

- 15 Destatis 2022c.  
 16 Kabisch et al. 2021.  
 17 Hohoff et al. 2022.  
 18 WBAE 2020.  
 19 Destatis 2022b.  
 20 Paritätischer 2022b, SoVD 2022.  
 21 Hans-Böckler-Stiftung 2014.  
 22 BMAS 2022c.  
 23 Penne & Goedeme 2021.  
 24 Biesalski 2021.  
 25 Gallegos et al. 2021, Royer et al. 2021, Zaçe et al. 2020.  
 26 FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO. 2022, FAO 2021, Swensson et al. 2021.  
 27 Rocha 2016.  
 28 EHAP, engl. *FEAD, Fund for European Aid to the Most Deprived*.  
 29 EC 2022, EK 2022.  
 30 BMAS 2022d.  
 31 Penne & Goedeme 2021, Simmet et al. 2018.  
 32 Tafel 2022.  
 33 Schoneville 2018, Simmet et al. 2018, Barzeghi et al. 2016.  
 34 Statista 2022e.  
 35 47 Prozent beziehen ALGII, 26 Prozent Rente/Grundsicherung, 20 Prozent Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Tafel 2021).  
 36 Schoneville 2018, Simmet et al. 2018.  
 37 Selke 2013.  
 38 Pollard & Booth 2019, Caraher & Furey 2017.  
 39 Tafel 2021.  
 40 Pro Jahr »retten« die Tafeln nach eigenen Angaben durchschnittlich 264.000 Tonnen genießbarer Lebensmittel (Tafel 2021). Allerdings gibt es keine Zahlen darüber, wie viel dieser Lebensmittelspenden bei den einzelnen Tafeln und durch die aufsuchenden Bürger:innen weggeworfen werden. Wahrscheinlich müsste die »Rettung genießbarer Lebensmittel« deutlich nach unten korrigiert werden; leider gibt es dazu keine Untersuchungen.  
 41 Schoneville 2018, Caraher & Furey 2017, Scheller 2014.
- Quellen**  
 Augustin, H. (2020): Ernährung, Stadt und soziale Ungleichheit. Bielefeld 2020.  
 Bazerghi, C. et al. (2016): The role of food banks in addressing food insecurity: A systematic review. In: *Journal of Community Health* 41/4 (2016), pp. 732-740.  
 Biesalski, H. K. (2021): Ernährungsarmut bei Kindern – Ursachen, Folgen, COVID-19. *Aktuelle Ernährungsmedizin*, 46/05 (2021), S. 317-332.  
 BMAS (2022a): Sechster Armuts- und Reichtumsbericht. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin 2022 ([www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Der-sechste-Bericht/sechster-bericht.html](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Der-sechste-Bericht/sechster-bericht.html)).  
 BMAS (2022c): Das neue Bürgergeld. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin 2022 ([www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/Buergergeld/buergergeld.html](http://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/Buergergeld/buergergeld.html)).  
 BMAS (2022b): Allgemein gesetzlicher Mindestlohn. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin 2022 ([www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsrecht/Mindestlohn/mindestlohn.html](http://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsrecht/Mindestlohn/mindestlohn.html)).  
 BMAS (2022d): Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin 2022 ([www.bmas.de/DE/Service/Presse/Meldungen/2021/europaeischer-hilfsfonds-fuer-am-staerksten-benachteiligte-personen-wirkt.html](http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Meldungen/2021/europaeischer-hilfsfonds-fuer-am-staerksten-benachteiligte-personen-wirkt.html)).  
 Caraher, M. (2015): The European Union Food Distribution programme for the Most Deprived Persons of the community, 1987–2013: From agricultural policy to social inclusion policy?. In: *Health Policy* 119/7 (2015), pp. 932-940.  
 Caraher, M. and S. Furey (2017): Is it appropriate to use surplus food to feed people in hunger? Short-term Band-Aid to more deep rooted problems of poverty. 2017 (<https://foodresearch.org.uk/download/11839>).  
 Caritas (2022): Verdeckte Armut (Caritas-Glossar) ([www.caritas.de/glossare/verdeckte-armut](http://www.caritas.de/glossare/verdeckte-armut)).  
 Destatis (2022a): »Relatives Armutsrisiko in Deutschland 2021 bei 15,8%«. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts Nr. 327 vom 4. August 2022 ([www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22\\_327\\_634.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_327_634.html)).  
 Destatis (2022b): »Hohe Inflation führt im 2. Quartal 2022 zu Reallohnrückgang von 4,4%«. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts Nr. 361 vom 29. August 2022 ([www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22\\_361\\_62321.html;jsessionid=AA60F8D4460ED2569D9A7FD50DBC93BB.live712](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_361_62321.html;jsessionid=AA60F8D4460ED2569D9A7FD50DBC93BB.live712)).  
 Destatis (2022c): »Inflationsrate im August 2022 bei +7,9%«. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts Nr. 383 vom 13. September 2022 ([www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22\\_383\\_611.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22_383_611.html)).  
 Destatis (2021a): Soziale Mindestsicherung ([www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Mindestsicherung/aktuell-mindestsicherung.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Mindestsicherung/aktuell-mindestsicherung.html)).  
 Destatis (2021b): »Armutsrisiken haben sich in Deutschland verfestigt«. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts Nr. 113 vom 10. März 2021 ([www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21\\_113\\_p001.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_113_p001.html)).  
 Diakonie Deutschland (2021): Armut. Infoportal vom 5. September 2021 ([www.diakonie.de/wissen-kompakt/armut](http://www.diakonie.de/wissen-kompakt/armut)).  
 DIW (2020). MillionärInnen unter dem Mikroskop. DIW-Wochenbericht 29/2020, S. 511-521 ([www.diw.de/de/diw\\_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020\\_29\\_1/millionaerinnen\\_unter\\_dem\\_mikroskop\\_datenluecke\\_bei\\_sehr\\_ho\\_geschlossen\\_konzentration\\_hoehere\\_als\\_bisher\\_ausgewiesen.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html)).  
 EC – European Commission (2022): FEAD in your country (<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=1239>).  
 EK – Europäische Kommission (2022): Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1089&langId=de>).  
 FAO (2021): Public food procurement for sustainable food systems and healthy diets. Rome 2021 ([www.fao.org/3/cb7960en/cb7960en.pdf](http://www.fao.org/3/cb7960en/cb7960en.pdf)).  
 FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO (2022): The state of food security and nutrition in the world 2022. Rome 2022 ([www.fao.org/3/cc0639en/cc0639en.pdf](http://www.fao.org/3/cc0639en/cc0639en.pdf)).  
 FAZ (2021): Die Zahl der Millionäre in Deutschland steigt auf 1,5 Millionen. In: FAZ.Net vom 29. Juni 2021 ([www.faz.net/aktuell/finanzen/die-zahl-der-millionaere-in-deutschland-steigt-auf-1-5-millionen-17411789.html](http://www.faz.net/aktuell/finanzen/die-zahl-der-millionaere-in-deutschland-steigt-auf-1-5-millionen-17411789.html)).  
 FÖS (2021): Ernährungsarmut: In Deutschland (k)ein Thema? Berlin 2021 ([https://foes.de/publikationen/2021/2021-11\\_FOES\\_Ernaehrungsarmut\\_Teil\\_1.pdf](https://foes.de/publikationen/2021/2021-11_FOES_Ernaehrungsarmut_Teil_1.pdf)).  
 Gallegos, D. et al. (2021): Food insecurity and child development: A state-of-the-art review. In: *International Journal of Environmental Research and Public Health* 18/17 (2021), 8990.  
 Hans-Böckler-Stiftung (2014): Hartz-IV-Satz bleibt zurück. Ausgabe 06/2014 ([www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-hartz-iv-satz-bleibt-zurueck-7546.htm](http://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-hartz-iv-satz-bleibt-zurueck-7546.htm)).  
 Hohoff, E. et al.: Food costs for vegetarian, vegan and omnivore child nutrition: Is a sustainable diet feasible with Hartz IV. In: *Ernährungs Umschau*, 69/9 (2022), S. 136-140 ([www.ernaehrungs-umschau.de/fileadmin/Ernaehrungs-Umschau/pdfs/pdf\\_2022/09\\_22/EU09\\_2022\\_M478\\_M482\\_en.pdf](http://www.ernaehrungs-umschau.de/fileadmin/Ernaehrungs-Umschau/pdfs/pdf_2022/09_22/EU09_2022_M478_M482_en.pdf)).  
 Kabisch, S. et al. (2021): Affordability of different isocaloric healthy diets in Germany: An assessment of food prices for seven distinct food patterns. In: *Nutrients* 13/9 (2021), 3037 ([www.mdpi.com/2072-6643/13/9/3037](http://www.mdpi.com/2072-6643/13/9/3037)).

- Paritätischer Gesamtverband (2022a): Armutsbericht 2022 ([www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022/](http://www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022/)).
- Paritätischer Gesamtverband (2022b): »Eckpunkte Bürgergeld: Paritätischer bewertet Vorschläge als inkonsequent«. Pressemitteilung vom 20. Juli 2022 ([www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/eckpunkte-buergergeld-paritaetischer-bewertet-vorschlaege-als-inkonsequent/](http://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/eckpunkte-buergergeld-paritaetischer-bewertet-vorschlaege-als-inkonsequent/)).
- Penne, T. and T. Goedeme (2021): Can low-income households afford a healthy diet? Insufficient income as a driver of food insecurity in Europe. In: *Food Policy* 99 (2021), 101978 ([www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0306919220301822](http://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0306919220301822)).
- Pfeiffer, S. et al. (2016): Hidden and neglected: Food poverty in the global north – The case of Germany. In: *World Review of Nutrition and Dietetics* 115 (2016), pp. 16–23 (<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/27197666/>).
- Pollard, C. M. and S. Booth (2019): Food insecurity and hunger in rich countries – It is time for action against inequality. In: *International Journal of Environmental Research and Public Health* 16/10 (2019), 1804 ([www.mdpi.com/1660-4601/16/10/1804](http://www.mdpi.com/1660-4601/16/10/1804)).
- Rocha, C. (2016): Belo Horizonte: The opportunities and challenges of urban food security policy ([https://fondazionefeltrinelli.it/app/uploads/2020/05/The-Governance-of-City-Food-Systems\\_The-Cases-Study-from-Around-The-World.pdf](https://fondazionefeltrinelli.it/app/uploads/2020/05/The-Governance-of-City-Food-Systems_The-Cases-Study-from-Around-The-World.pdf)).
- Royer, M. F. et al. (2021): Food insecurity is associated with cognitive function: A systematic review of findings across the life course. In: *International Journal of Translational Medicine* 1/3 (2021), pp. 205–222 ([www.mdpi.com/2673-8937/1/3/15](http://www.mdpi.com/2673-8937/1/3/15)).
- Schoneville, H. (2018): Poverty and the transformation of the welfare (state) arrangement. Food banks and the charity economy in Germany. In: *Social Work & Society* 16/2 (2018) (<https://ejournals.bib.uni-wuppertal.de/index.php/sws/article/view/570>).
- Selke, S. (2013): The rise of foodbanks in Germany is increasing the commodification of poverty without addressing its structural causes. *LSE European Politics and Policy Blog* (<https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2013/07/11/germany-foodbanks/>).
- Simmet, A. et al. (2018): The German food bank system and its users – A cross-sectional study. In: *International Journal of Environmental Research and Public Health* 15/7 (2018), 1485 ([www.mdpi.com/1660-4601/15/7/1485](http://www.mdpi.com/1660-4601/15/7/1485)).
- Sozialverband Deutschland (2022): »SoVD kritisiert: Das neue Bürgergeld reicht nicht aus«. Pressemitteilung vom 14. September 2022 ([www.sovd.de/presse/pressemitteilungen/meldung/sovd-kritisiert-das-neue-buergergeld-reicht-nicht-aus](http://www.sovd.de/presse/pressemitteilungen/meldung/sovd-kritisiert-das-neue-buergergeld-reicht-nicht-aus)).
- Statista (2022a): Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1991 bis 2021 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/>).
- Statista (2022b): Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland 2. Quartal 2017 bis zum 2. Quartal 2022 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37880/umfrage/geldvermoegen-der-privathaushalte-in-deutschland/>).
- Statista (2022c): Deutschland: Entwicklung der Einkommensungleichheit auf Basis des Gini-Index im Zeitraum 2011 bis 2021 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1184266/umfrage/einkommensungleichheit-in-deutschland-nach-dem-gini-index/>).
- Statista (2022d): Hartz IV: Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II im Jahresdurchschnitt 2013–2022 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1396/umfrage/leistungsempfaenger-von-arbeitslosengeld-ii-jahresdurchschnittswerte/>).
- Statista (2022e): Anzahl der Tafeln zur Versorgung von Bedürftigen in Deutschland von 1993 bis 2022 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36411/umfrage/anzahl-der-tafeln-zur-versorgung-von-beduerftigen-in-deutschland/>).
- Swensson, L. F., et al. (2021): Public food procurement as a game changer for food system transformation. In: *The Lancet Planetary Health* 5/8 (2021) ([www.thelancet.com/journals/lanplh/article/PIIS2542-5196\(21\)00176-5/fulltext](http://www.thelancet.com/journals/lanplh/article/PIIS2542-5196(21)00176-5/fulltext)).
- Tafel (2021): Die Tafel. Zahlen & Fakten ([www.tafel.de/presse/zahlen-fakten](http://www.tafel.de/presse/zahlen-fakten)).
- Tafel (2022): »Armut in Deutschland auf dramatischem Höchststand: Zahl der Tafel-Kundinnen und -Kunden um Hälfte erhöht«. Pressemitteilung vom 14. Juli 2022 ([www.tafel.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2022/armut-in-deutschland-auf-dramatischem-hoehchststand-zahl-der-tafel-kundinnen-und-kunden-um-haelfte-erhoeht](http://www.tafel.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2022/armut-in-deutschland-auf-dramatischem-hoehchststand-zahl-der-tafel-kundinnen-und-kunden-um-haelfte-erhoeht)).
- WBAE (2020): Politik für eine nachhaltigere Ernährung. Berlin 2020 ([www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung-kurzfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung-kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2)).



**Silvia Monetti**

Expertin für Ernährungspolitik im Bereich Ernährung und Umwelt der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

[silvia.monetti@verbraucherzentrale.nrw](mailto:silvia.monetti@verbraucherzentrale.nrw)